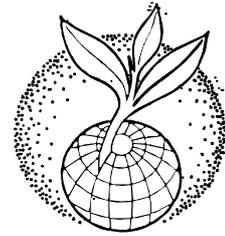


SMALL IS BEAUTIFUL



IN DIESER AUSGABE:

Frieden und Gerechtigkeit	1
Editorial	2
Sommer- und Sonnwendfest der EFSG	3
Betrachtungen zum Thema Ethik in der Wirtschaft	4
Kyoto-Alternativen in den USA sind möglich	6
Steuern: Wohl und Wehe	7
Global Marshall Plan	7
Radwandern mit der Schumacher-Gesellschaft	8
Veranstaltungskalender	8
Impressum	8

Wir sagen „Nein“ zu Monokulturen bei Pflanzen, Tieren und Menschen. Wir können nicht eine globalisierte Menschheit mit einer Kultur werden, die wir gar nicht anerkennen wollen. Wir müssen lokales Selbstvertrauen entwickeln, müssen wissen, wer wir sind und uns selbst wertschätzen. Wenn wir unseren eigenen Wert kennen, können wir auch der Natur und kommenden Generationen einen eigenen Wert zubilligen. Tun wir das nicht, dann reduzieren wir uns zu reinen Konsumenten, egozentrischen Einzelkämpfern, die ihren Lebenssinn im Kaufen finden und nur für den Moment leben.

*Wangari Maathai
(Kenia, Friedensnobelpreis 2004)*

FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT

Wege zu einer Gesellschaft ohne Krieg

Clemens Ronnefeldt

„Frieden und Gerechtigkeit gestalten - Nein zum Krieg“ - unter diesem Motto möchten wir Alternativen zu einer auf Militär und Rüstung basierenden Politik aufzeigen.

Während im vergangenen Jahr weltweit rund 960 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, summierte sich die globale Entwicklungshilfe auf gerade einmal rund 70 Milliarden US-Dollar.

Den Sicherheitsdoktrinen der USA wie auch der Europäischen Union zufolge scheinen die Gefahren durch Schurkenstaaten und internationalen Terrorismus heute so groß wie nie zuvor. Von dieser Analyse profitieren in hohem Maße vor allem Rüstungskonzerne und Wirtschaftslobbyisten einiger weniger Branchen.

Den Studien internationaler Friedensforschungsinstitute zufolge zeigt sich ein ganz anderes Bild. Zwischenstaatliche Kriege wie z.B. zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir scheinen zum Auslaufmodell zu werden, Bürgerkriege dagegen haben an Bedeutung gewonnen.

Weltweit hat sich seit dem Jahre 2000 die Zahl der Kriege von 52 auf 26 halbiert - der niedrigste Stand seit dem 2. Weltkrieg.

Wer waren und sind die Menschen, die mit ihrem Engagement in zähen Verhandlungen es vermocht haben, Kriegen ein Ende zu setzen - oder drohende Gewalt zu verhindern?

Warum nimmt die Öffentlichkeit so

wenig Notiz von Friedensstiftern, die sich oft selbst aufreiben und in die Schusslinien geraten, um verfeindete Gruppen oder ganze Milizen an einen Tisch zu bringen?

Wir sind der Ansicht, dass Gerechtigkeit, Frieden oder Demokratie niemals durch Kriege erzwungen werden können. Der beste Schutz vor neuen Kriegen und Gewalt in den internationalen Beziehungen ist unseres Erachtens eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Wir halten es für eine gefährliche Entwicklung, dass internationale Konflikte zunehmend mit militärischen Mitteln bearbeitet werden. Haben nicht gerade die Kriege der jüngeren Zeit gezeigt, dass der Einsatz von Militär nicht nur keine Probleme löst, sondern im Gegenteil zu einer erheblichen Konfliktverschärfung führt, wie das Beispiel Irak zeigt?

Bei schweren Menschenrechtsverletzungen stellt sich immer wieder die Frage, wie durch andere als militärische Mittel Konflikte gelöst oder zumindest deeskaliert werden können.

Wer erinnert sich noch an die Mitte der achtziger Jahre, als das Regime des Diktators Marcos auf den Philippinen mit Hilfe einer gewaltlosen Revolution namens „people power“ gestürzt wurde?

Wie erfolgte die Beendigung der jahrzehntelangen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika? Zeigte dieses Beispiel nicht einmal mehr, dass politische

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

über Ethik in der Wirtschaft sind unzählige dicke Bücher geschrieben worden. Dabei dürften alle Leute die gleiche Grundvorstellung haben:

Im Wirtschaftsleben soll man sich gefälligst anständig verhalten, wie überall anders auch.

Bloß, was ist anständig? E. Lauppe hat in seinem Artikel auf Seite 4 einige Verhaltensweisen angesprochen, die nicht unanständig und schon gar nicht verboten sind, aber nicht gerade zur Hebung der Ethik im Wirtschaftsleben beitragen. Wie soll man mit solchen Tendenzen umgehen? Freiwillig werden nur wenige auf ihr Gewinnstreben verzichten und der vielbeschworene Markt wird's erst recht nicht richten. Braucht es da nicht staatliche Eingriffe? Und wenn ja, wie sollen die aussehen? Wo endet die Freiheit des Einzelnen und beginnt ein unethisches Verhalten, das unterbunden werden muss? Offensichtlich gibt es immer noch viel Stoff für Diskussionen.

Ethik hat viel mit Gerechtigkeit zu tun. Nur eine gerechte Weltwirtschaft kann Kriege, auch Bürgerkriege, wirkungsvoll verhindern. C. Ronnefeldt hat das in einem Schumacher Forum am 22.02.2006 in der Seidlvilla eindrucksvoll dargelegt. Für diejenigen, die nicht dabei sein konnten, hat er seinen Vortrag auf Seite 1 zusammengefasst. Sein Fazit: Frieden ist machbar, aber er kommt nicht von selber.

Auch das ist ein Grund dafür, dass Carl Amery bei der Gründung der Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie so viel Wert auf das Wörtchen „politisch“ gelegt hat.

Wenn wir uns einmischen, können wir auch etwas bewirken.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Doris Rüb

Transformationsprozesse ihre Zeit brauchen und es auch ohne Bombenkrieg möglich ist, einen langjährigen politischen Häftling und Kämpfer für Gerechtigkeit wie Nelson Mandela als Staatsoberhaupt zu wählen? Wie viel Hass und Vergeltungspotenzial wären immer noch aufgestaut, wenn es keine Versöhnungs- und Wahrheitskommissionen gegeben hätte?

Zwischen Ecuador und Peru tobte mehrere Jahre ein Krieg mit vielen Opfern um die Grenzziehung zwischen beiden Ländern. Der als Vermittler eingeladene Friedensforscher Professor Johan Galtung trug 1995 maßgeblich zu einem Friedensschluss bei, der bis heute hält. Sein kreativer Lösungsvorschlag brauchte den Mut beider Länder, aus alten festgefahrenen Denkgleisen heraus zu springen: Er schlug vor, statt einen Grenzzaun zu ziehen, eine gemeinsame binationale Zone mit einem Naturpark einzurichten, die beiden Ländern gemeinsam gehört- was dann auch umgesetzt wurde.

Im Jahre 2001 stand Mazedonien am Rande eines Bürgerkrieges. Im Abkommen von Ohrid wurde eine diplomatische Lösung gefunden, zum Krieg bereit liegende Waffen wieder eingesammelt. Warum hat dieses Beispiel einer erfolgreichen zivilen Konfliktbearbeitung bisher nur so wenig öffentliche Aufmerksamkeit gefunden?

In Zeiten der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch und eines möglichen Einsatzgebietes der Bundeswehr, das inzwischen die ganze Welt umfasst, scheint immer mehr in Vergessenheit zu geraten, mit welchen gewaltfreien Methoden die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht wurde.

Wir möchten heute an drei ausgewählten Beispielen zeigen, wie Friedenspolitik mit gewaltfreien Methoden aussehen kann.

Auf höchster politischer Ebene hat die kleine italienische Nichtregierungsorganisation Sant Egidio in Rom durch unparteiliche Vermittlung im mocambiquanischen Bürgerkrieg es vermocht, nach fast einem Jahrzehnt unermüdlichen Einsatzes Anfang der 80er Jahre ein Friedensabkommen zu erzielen.

Zu den internationalen hot-spots der Sicherheitspolitik gehört auch unser

zweites Beispiel: Die Kaukasus-Region. Vor kurzem bekam Roswitha Jarman, die sich seit vielen Jahren im Kaukasus engagiert, in Bremen einen Friedenspreis.

Mit dem dritten Beispiel möchten wir uns der wohl größten Herausforderung Afrikas, dem Krieg im Kongo, stellen. Seit August 1998 sind bis heute knapp vier Millionen Menschen in diesem weltweit verlustreichsten Konflikt seit dem zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen.

Emanuel Matondo engagiert sich seit langem in der Friedensarbeit im Kongo und wird uns über die Versuche zu einer gewaltfreien Lösung in diesem zentralafrikanischen Land berichten.

Ausblick und Positionen:

Beim Anhören unserer drei Referenten wurde deutlich, dass wir in der Politik einen Paradigmenwechsel brauchen – von militärischem Denken in Machtkategorien hin zu einer umfassenden Friedenskultur. Dazu zählt die Schwerpunktsetzung auf Kriegsprävention ebenso wie die Nachsorge für traumatisierte Opfer in Form von Versöhnungsarbeit.

Zu einer Friedenskultur gehört auch ein nachhaltiger Lebensstil auf Grundlage erneuerbarer Energien, der Kriege um die zu Ende gehenden Öl- oder Gasreserven überflüssig macht.

Hier dürfte einer der fundamentalsten Unterschiede zwischen unserer Veranstaltung und der Sicherheitskonferenz im Bayrischen Hof liegen: Präsident Bush hat erst vor wenigen Tagen noch einmal selbst die Ölsucht der Vereinigten Staaten offen benannt – und scheint – wie auch einige EU-Staaten - offensichtlich auch bereit, zur Aufrechterhaltung des westlichen Lebensstils weitere Kriege zu führen.

Wenn Menschen oder Organisationen ohne Eigeninteressen sich als wirklich neutrale Vermittler zwischen zwei Konfliktparteien engagieren, haben sie oft größere Chancen, Konflikte zu schlichten, einen Krieg zu beenden oder gar zu verhindern als Regierungen.

Die beiden Friedensforscher Prof. Paul Collier und Dr. Anke Höffler von der Universität Oxford haben in einer Studie errechnet, dass die Verkürzung

eines Bürgerkrieges um ein Jahr im weltweiten Durchschnitt eine Einsparung von ca. 9 Milliarden Dollar mit sich bringt – vom vermiedenen Leid der Opfer einmal ganz abgesehen.

Wäre es daher nicht allein schon aus ökonomischen Gründen sinnvoll, weitaus mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zivilen Friedensdiensten auszubilden statt wertvolle Ressourcen in unsinnige Rüstungsprojekte zu stecken?

Die Kosten von rund 25 Personen in einem Pilotprojekt der Nonviolent Peaceforce - den derzeit noch im Aufbau befindlichen gewaltfreien Friedenskräften - in Sri Lanka sind verschwindend gering im Vergleich zu den Ausgaben und Folgekosten bei Fortsetzung des Krieges.

Ein weiterer Ansatz für eine Friedenskultur stellt die Kontrolle von Zahlungen für Gold, Erdöl, Coltan oder Diamanten dar, mit denen Warlords und Regierungen ihre Kriege finanzieren.

„Publish, what you pay“, veröffentliche was du zahlst, heißt eine internationale Kampagne, die z.B. die Zertifizierung von Diamanten unbedenklicher Herkunft aus Sierra Leone fordert, um diese von Blutdiamanten der Warlords für potentielle Käufer

zu unterscheiden.

Obwohl Rüstungsexporte gerade mal 1 Prozent des Welthandels - abgesehen von verdeckten Geschäften - ausmachen, werden in dieser Branche von Friedensforschern geschätzte 50% aller weltweiten Schmiergeldzahlungen getätigt. „International Transparency“, Internationale Transparenz, heißt eine Kampagne, die sich dem Kampf gegen die Korruption im Waffenhandel verschrieben hat und regelmäßig Ranking-Listen sauber und korrupt arbeitender Staaten veröffentlicht. Dies heißt nicht, dass wir einem „fairen Waffenhandel“ zustimmen. Ganz im Gegenteil:

Rüstungsexporte, wie z.B. die aktuelle U-Boot-Lieferung an Israel, tragen in aller Regel zur Eskalation von Konflikten in einer Region bei und gehören daher ganz verboten.

Im Rahmen des Projektes „Peace Counts“, Frieden zählt, werden in diesem Buch Personen in verschiedenen Konfliktregionen mit ihrer Friedensarbeit portraitiert.

12 von Ihnen wurden bereits in 30-minütigen Fernsehsendungen des West Deutschen Rundfunks einem breiten Publikum bekannt gemacht – ein erfreulicher Lichtblick in einer oft

Gewalt fördernden Medienlandschaft.

Nach dem 15.2.2003, als mehr als 10 Millionen Menschen weltweit in 604 Städten der Erde gegen den damals noch drohenden Irak-Krieg demonstrierten, schrieb die New York Times: Es gibt wieder zwei Supermächte: Die USA und die durch die Friedensbewegung geformte öffentliche Meinung, wonach Krieg kein Mittel der Politik sein kann. Diese in der Zivilgesellschaft steckende enorme Kraft möchten wir weiter stärken.

Die Chancen, eine Bombardierung Irans durch diplomatische Mittel noch abzuwenden, sehe ich diesmal größer, weil die Risiken eines Krieges für alle Beteiligten noch schwerer kalkulierbar sind als es im Fall Iraks war.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, 85354 Freising.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.versoennungsbund.de

Buchempfehlung:

„Die Friedensmacher“ von Petra Gerster und Michael Gleich.

UNSER SOMMER- UND SONNWEND-FEST WAR EIN GROßER ERFOLG

Das Sonnwend-Fest in der Mohrvilla stand ganz im Zeichen der Sonne. Sie schien den ganzen Tag über von einem strahlend blauen Himmel. So wurde die Vorführung der Solarcooker zu einem vollen Erfolg. Es gab Pellkartoffeln mit Quark, die weggingen wie die sprichwörtlichen warmen Semmeln. Dabei waren die Kocher erst am Nachmittag, als die Sonne längst den Zenit überschritten hatte, in Betrieb gesetzt worden. Es war eine eindrucksvolle Demonstration der Sonnenkraft. Aber auch sonst war für Essen, Trinken und Kultur bestens gesorgt, nicht mal die Fußballfans mussten auf ihre Leidenschaft verzichten.

Ein besonderes Highlight war der Vortrag „Vom Atom zu erneuerbarem Strom“ von Ernst Schrimppff. Die vorgesehenen 20 Minuten dehnten

sich zwar auf runde zwei Stunden aus, was aber weder der Referent noch die Zuhörer wahrnahmen. Das Thema ist anhaltend faszinierend



und Ernst Schrimppff bringt immer wieder neue Facetten. Diesmal zeig-

te er gelungene Beispiele von Solararchitektur. Wenn sie an der richtigen Stelle angebracht werden, erfüllen Photovoltaikzellen nicht nur ihren praktischen Zweck, sondern sie setzen auch noch interessante, ästhetische Akzente. Sie können sogar die langweilige Mietshausarchitektur der sechziger Jahre aufpeppen.

Der Film „Wasser unterm Hammer“, der die düsteren Seiten der Globalisierung beleuchtet, scheint auf den ersten Blick nicht unbedingt für ein fröhliches Fest geeignet, aber die gelungenen Beispiele von bürgerlichem Widerstand bauten die gute Laune der Zuschauer wieder auf. Nach der kleinen Nachtmusik am Sonnwendfeuer, einem gelungenen Abschluss, sind wohl alle Besucher zufriedener nach Hause gegangen. dr

BETRACHTUNGEN ZUM THEMA ETHIK IN DER WIRTSCHAFT

Ehrnfried Lauppe

Die einfachen und arbeitenden Menschen ...

Nach der Ethik in der Wirtschaft fragen heißt, nach den Menschen fragen, die wirtschaften. Denn wie immer auch Prozesse laufen, es sind Menschen, die den Prozess betreiben, jeder an seiner kleinen Stelle, wie ein Rädchen in einem gigantischen Getriebe. Ethisch handeln heißt, dass die Person an ihrer kleinen Stelle nach dem eigenen Gewissen handelt.

Das kann bedeuten, dass sie aus bestem Wissen und Gewissen einen wertvollen Beitrag zum Ergebnis ihrer Firma bringt. Nehmen wir an, es handelt sich um eine Chemiefirma und die Person erfährt nun, dass die Produkte ihrer Firma eine durchaus üble Verwendung finden, beispielsweise dass die chemischen Komponenten zur Waffenproduktion verwendet werden, oder sie erfährt, dass die Firma Zulieferungen günstig erhält, weil der Bergbau des Zulieferers unter Bedingungen der Sklavenhalterei oder Kinderarbeit stattfindet. Das kann sie nicht billigen. Was nun?

Soll sie kündigen? Soll sie sich als jemand outen, der die Tätigkeit der Firma missbilligt? Soll sie die Auftraggeber verschrecken, oder die Angebote der günstigen Lieferanten ablehnen?

Wer von den Lesern hätte die Stirn, solche Ratschläge zu geben? Oder noch besser, wer von den Lesern würde sich so entscheiden, wenn er an dieser Stelle wäre?

... und die Mächtigen und Reichen ...

Also könnte man zum Thema vielleicht sagen, dass die Ebene der einfachen und arbeitenden Menschen nicht angesprochen ist. Ansprechen kann man allenfalls die Mächtigen und Reichen. Sei es in der Firma, sei es im Staat, sei es in den Gewerkschaften. Und natürlich: bei den Investoren. Also die Verantwortlichen.

Wir selbst laufen ja nur mit.

Lernt man die Verantwortlichen kennen, und lernt man die Bedingungen kennen, unter denen sie arbeiten, dann stellt man fest, dass es ein Korsett von eisernen, fast von Naturgesetzten gibt, wie den Zwang zur Rentabilität, durch die die Entscheidungen der Mächtigen vorgeformt werden. Bei genauem Hinsehen zeigt sich: auch die Mächtigen handeln im wohlverstandenen Interesse ihrer Firmen. Einen guten Job verliert man nicht gern, man&frau hat ja auch Verantwortung für andere, nicht nur die Familie und die Kinder, auch für die Angestellten. Oder man&frau will nicht den eigenen gewohnten Lebensstandard gefährden. Ist das falsch?

... können nichts ausrichten ...

Auch der Investor hat ein schweres Leben: Nie weiß er, wie die Leute mit seinem Geld umgehen. Greift er zu tief ein in die Handlungen der Verantwortlichen, zeigt er seine eigene Inkompetenz, die versierten Manager ziehen sich zurück, weil sie ihren guten Ruf als Spitzenleute nicht verlieren wollen. Greift er zu wenig ein, entwickeln sich die Dinge vielleicht in eine falsche Richtung, in eine Richtung, bei der er sein Geld verliert.

Wollen Sie, der Leser, Ihre mühsam verdienten oder leicht geerbten Summen verlieren? Waren Sie schon mal auf einer Versammlung von Aktionären, die von den Managern erzählt bekommen haben, dass es abwärts geht mit der Firma? Und dass sie deshalb noch mehr Geld von Ihnen brauchen? Was soll aus Ihrer Rente werden, wenn Sie Ihr Kapital verlieren?

Investoren, vor allem die, die in Risiko investieren, verlieren regelmäßig Geld. Und wenn dann mal unmäßig viel gewonnen wird, weil das Risiko sehr hoch war und mit viel Glück die Sache gut gegangen ist, dann ist das oft nur ein Ausgleich für verlorenes Geld. Der Verlust des Investors wird

mit viel Schadenfreude begleitet und der Gewinn mit Neid. Nicht nur in der Presse, sondern auch in den Herzen der Leser. Es gilt der ethische Grundsatz: Jeder ist dafür verantwortlich, wenn er sich eine Welt zimmert, in der er selbst nicht für seine Gefühle verantwortlich ist. Das Angebot und die Hilfe der Medien für solche Zimmerleute steht überall bereit und ist für wenige Cent zu erwerben.

... behaupten sie ...

Auf der Anklagebank sitzt die Gier. Nicht die kleine Gier, nach was Süßem oder Ähnlichem, denn das wären ja wir selbst. Nein, die große Gier der Reichen natürlich, die nicht genug bekommen können und zwar Geld. Deren Maßstab für alles das Geld ist. Selbstverständlich ist damit nicht zu vergleichen, wenn wir für zwei Euro 30 Gläser kaufen, die unter schlimmsten Bedingungen produziert worden sind. Nein, das ist ja nur ein Schnäppchen.

Aber die große Gier verteidigt sich: Ist es vielleicht Gier, wenn wir mehr Geld im Umlauf haben als andere und so die Wirtschaft beleben? Sollen wir unser Geld unter das Kopfkissen legen? Haben wir die Bedingungen der heutigen Wirtschaft geschaffen? Ist es Gier, wenn wir Luxusgüter kaufen und nicht nur dadurch die Wirtschaft beleben, sondern den Technikern und Unternehmen die Möglichkeit geben, technische Innovationen zu entwickeln und durchzusetzen? Wie kam es zu dem kulturellen Wandel durch den Computer, durch das Internet? Haben da nicht ganz einfach überzeugte Leute Ihr Geld und Leben, ihre Existenz reingesteckt, fast in der Gewissheit, dass es nichts werden kann? Riesige Firmen haben falsche Entscheidungen getroffen und Milliarden verloren. Und dann mit Neid und Vorwurf an die Erfolgreichen denken und uns auf die Anklagebank der Gier setzten? Quatsch!

All das kann man&frau viel feiner und unausweichlicher argumentie-

ren. Wer Schwierigkeiten hat, sich die Argumente als unausweichlich vorzustellen, der möge sich fragen, warum keine Regierung in den letzten Jahrzehnten in Deutschland eine Umkehr hat schaffen können: Die Unausweichlichkeit der Argumente und falls das nicht reicht, der Druck und wenn das nicht reicht, strukturelle Gewalt oder schließlich konkrete Maßnahmen gegen Troublemaker und Querulanten sorgen dafür, dass alles so bleibt wie es ist. Die Beharrungskräfte, begleitet von Medien, die sich in vorauseilendem Gehorsam ausdenken was man alles sagen kann, ohne dass Wirkung eintritt.

Und doch wurde mit vielen kleinen Schritten viel erreicht!

Und doch: Hat sich nicht in den letzten 30 Jahren die biologische Landwirtschaft und Vermarktung trotz höherer Preise durchgesetzt? Werden nicht schon Milliarden von Euros und Dollars in ethisches Investment dirigiert (www.oekom-research.com; www.cric-ev.de)? Warum haben ethisch geführte Firmen langfristig eine bessere Performance als „normale“?

Einfache Menschen haben mit ihren Kaufentscheidungen den Biomarkt hervorgerufen und gestützt. Leitende Angestellte und Geldgeber haben entdeckt, dass es nicht nur einen Stil, sondern auch einen Geist einer Firma gibt. Dass dieser Geist der Firma von dem Geist der einzelnen Mitarbeiter genährt und getragen wird. Dass Kunden in der unanständigen Firma nicht gerne kaufen. Dass es sehr schädlich ist fürs Geschäft, wenn man den Ruf der Ausbeuterfirma hat. Dass Treue ein Wert ist und gutes Betriebsklima und liebevolle Kundenpflege wirksame Effekte auf die Kunden hat.

Es sind Millionen und Milliarden von kleinen Entscheidungen von Menschen auf allen Ebenen, überall, in allen Funktionen, die Veränderung bringen. Alle, auch die Verbrecher, versuchen die Kultur der Welt, der Nation, ihrer Stadt, ihres Dorfes, ihrer Familie, so zu verändern wie es ihnen richtig erscheint. Wir sind in unseren Handlungen immer in Konkurrenz mit denen, die aus unserer Sicht Übles wollen.

Lassen wir die Verbrecher, die Wirtschaftsverbrecher, weg, denn Extremes verdirbt die Argumentation. Schauen wir uns ethisches Investment an:

Sie können Ihr Geld ethisch anlegen:

Ökologisch: keine Düngefabrikaktien im Portefeuille usw.

Sozial: nur fair gehandelte Waren, keine Ausbeutung in der Dritten Welt

Katholisch und buddhistisch: keine Aktien von Pharmaindustrien, die Abtreibungsmittel produzieren

Friedensbewegung: keine Waffenproduktion.

Und dieser Katalog geht noch weiter.

Islamische und jüdische Angebote ethischen Investments zeichnen sich dadurch aus, dass die Grundsätze ihrer Religion nicht missachtet werden.

Und so geht es bis zur kleinen Entscheidung derer, die ihr Geld direkt anlegen: in welche Firma sie investieren wollen, welchem Existenzgründer sie Geld geben wollen, welchen Kindergarten, welchen Biohändler sie unterstützen wollen.

Wir sehen: Auch auf der Ebene der investiven Geldbewegungen zeigt sich die ganze Vielfalt des Daseins.

Und die Käufer: Viele treffen ihre Kaufentscheidungen nach ethischen Gesichtspunkten, kaufen nicht einfach nur, weil es billig ist. Der Satz des großen Ökonomen aus den Dreißiger Jahren, Samuelson, scheint doch richtig: Wir stimmen mit dem Geld über unsere ökonomische Kultur ab: Jede Dollarnote ist ein Stimmzettel.

Daneben gibt es den politischen und den kulturellen Prozess. Da kann man an vielen Schraubchen drehen, um Veränderungen, Trends zu unterstützen oder zu bekämpfen. Wir leben in einer Welt, die immer verbesserungswürdig ist. Mit unserer persönlichen Haltung tragen wir zur Ethik in der Wirtschaft bei.

Bitte teilen Sie uns Ihre Email-Adresse mit (an Barbagallo@t-online.de), damit wir Sie kurzfristig über Terminänderungen oder über wichtige Neuheiten informieren können.

GENTECHNIK: Seehofer-Ministerium plant Rechtsbruch

Am 2. Juni 2006 veröffentlichte Greenpeace auf seiner Homepage (www.greenpeace.de) einen Plan von Verbraucherminister Horst Seehofer. Danach dürfen in Deutschland zukünftig experimentelle Gen-Pflanzen ohne Sicherheitsnachweis zur Herstellung von Nahrungsmitteln eingesetzt werden. Greenpeace hat das in einem geheimen Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums entdeckt. Der Entwurf liegt Greenpeace vor.

Ein besonders heikler Passus in dem Entwurf lautet, dass „(...) die Auskreuzungsprodukte gesetzlich vom Bedürfnis einer Inverkehrbringensgenehmigung auszunehmen“ seien. Das bedeutet, dass Pflanzen, die mit Gen-Pflanzen verseucht wurden, ohne weiteres in Lebensmitteln landen können. Selbst dann, wenn die Gen-Pflanze eine Test-Pflanze war und ihre Unbedenklichkeit noch nie überprüft worden ist. Das verstößt jedoch klar gegen EU-Recht.

Die europäische Kommission hat der Bundesregierung eine solche Regelung bereits schriftlich untersagt. In einem internen Aktenvermerk heißt es dazu im Ministerium: Es ist wahrscheinlich, dass die KOM (Europäische Kommission) die genannte Regelung beanstanden wird mit der Folge, dass die Stillhaltefrist bis zur Verabschiedung des Gesetzes sechs Monate beträgt und sich ein Vertragsverletzungsverfahren anschließen könnte.

Hintergrund für diese Missachtung des europäischen Rechts ist der Koalitionsvertrag. Dort hatte die Bundesregierung schon im Herbst 2005 festgelegt, dass Auskreuzungen aus Versuchsfeldern und Kontamination mit nicht zugelassenen Pflanzen legalisiert werden sollen. Damit will man Forschung und Industrie vor rechtlichen Folgen und Haftung bewahren.

dr

**Auf der Anklagebank
sitzt die Gier.**

KYOTO ALTERNATIVEN IN DEN USA SIND MÖGLICH

Amanda Roll Pickering
(Übersetzung von Rosemarie Filhol)

Extreme Wetterbedingungen beherrschen die Nachrichten, die uns in den letzten Monaten über den Atlantik erreichten.

Wirbelstürme wie Rita und Katrina und ihre verheerenden Auswirkungen auf süd-östliche Städte der USA und die völlig unzureichenden Rettungsanstrengungen der Regierung machten Schlagzeilen in unseren Zeitungen. Diese Wirbelstürme haben in der Tat den Glauben vieler Amerikaner bestärkt, dass der Klimawandel ernstzunehmende Realität ist.

Als die Fluten sich zurückzogen, waren amerikanische Politiker schnell dabei, Verbindungen zwischen außerordentlichen Wetterbedingungen und menschlichem Verhalten herzustellen. Der ehemalige Vize-Präsident Al-Gore sagte anlässlich der „Clinton Global Initiative“ in New York: „Katrina ist nur der erste Vorgeschmack auf den bitteren Kelch, der uns immer wieder gereicht werden wird. Wir müssen akzeptieren und uns klar machen, dass hier eine legitimierte Rolle der Regierung besteht (dem Klimawandel entgegenzuwirken).“

In der Zwischenzeit schreiben bedeutende Wissenschaftler wie Kerry Emmanuel, Professor der Meteorologie am Massachusetts Institute of Technology, dass die Intensivierung von Wirbelstürmen im Nordatlantik und Nordpazifik anscheinend auf menschliches Verhalten zurückzuführen ist. Diese Aussagen werden allgemein bestätigt und sind weit verbreitet.

Umfragen in der amerikanischen Bevölkerung haben durchgängig ergeben, dass Dreiviertel der Amerikaner einer Reduzierung der Treibhausgase zustimmen und die Mehrheit der Auffassung ist, dass es falsch war, Kyoto abzulehnen.

Leider ist die allgemeine Meinung im Widerspruch zum Weißen Haus und jene, die auf die Führung

durch Präsident Bush hoffen, warten vergeblich. Seit seinem Amtsantritt hat der Präsident - was die Umwelt betrifft - seine eigenen Ziele verfolgt. Seine erste Amtshandlung war, die USA aus dem Kyoto Protokoll zurückzuziehen mit der Begründung, dass dieser rechtskräftige internationale Vertrag der amerikanischen Wirtschaft ernstlich schaden würde. Innenpolitisch förderte er Energiegesetze, mit denen die fossilen Energieträger sechs Mal so hoch subventioniert werden wie erneuerbare Energien. In der Zwischenzeit opponiert er gegen die vom US-Senat abgesegnete Forderung nach Erhöhung der Produktion von Alternativenergien über die nächsten 20 Jahre.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die USA allgemein als globaler Paria beim Klimawandel gilt. Jedoch ist das Land nicht einig, wenn es um das sich Drücken vor Umweltverantwortung geht. Trotz des Versuchs ihres Präsidenten die globale Zusammenarbeit bei diesem Thema zu unterminieren, werden über die USA verteilt Schulen, Städte und sogar ganze Staaten selbst aktiv. Unzählige Schulen und Universitäten haben die Herausforderung angenommen und angesichts der Treibhausgas-Bestandsaufnahme angefangen, ihren Energieverbrauch zu drosseln: zum größten Teil indem sie ihre Heizung, Licht und Klimaanlage modernisierten. Diese Campus-Bewegung begann ernsthaft bereits 1999, als der damalige Rektor der Tufts Universität von Boston, John DiBiaggio, dafür plädierte mit den geforderten Zielen von Kyoto sofort anzufangen. Seit sechs Jahren hat die Tufts University an ihrer Selbstverpflichtung festgehalten, die Emissionen mindestens um 1% pro Jahr zu reduzieren. Es folgten Lewis and Clarke in Oregon, Cornell in New York sowie einige Schulver-

waltungen, die vordreschten und der Rest folgte durch ungebrochenen Studentenprotest.

Neben ihrer Selbstverpflichtung, CO² einzusparen, ist die Tufts Uni auch ein Gründungsmitglied der Chicago Klimabörse. Diese Börse ist der erste Versuch, einen Handelsplatz für CO² Emissionen zu schaffen.

Der Bürgermeister von Seattle, Greg Nickels, war sehr besorgt über die Auswirkungen der Klimaveränderungen im letzten Winter. „Wochenlang - so wurde mir erzählt - hatten wir gar keine oder kaum eine Schneedecke. Die Skisaison musste abgesagt werden, was für viele Leute eine Enttäuschung war. Die Stadt selbst jedoch braucht Schnee dringend für die Wasser- und Energieversorgung im Sommer. Wenn der Schnee schmilzt fangen wir das Wasser auf und benutzen es wieder.“

Greg Nickels war so betroffen, dass er zusammen mit neun anderen Bürgermeistern der USA einen Brief an 400 Bürgermeister über die USA verteilt sandte, mit der Bitte, auch in ihren Städten eine Selbstverpflichtung einzugehen, die vom Kyoto-Protokoll gesetzten Ziele zu erreichen oder zu übertreffen, um die globale Erwärmung zu reduzieren. Bis heute haben 187 Städte diese Verpflichtung unterschrieben, einschließlich der großen Städte New York und Chicago.

Die bedeutendste Aussage für Greg Nickels kam von dem Bürgermeister Ray Nagin aus New Orleans, der sagte, es hätten nur noch ein Fuß (ca. 33 cm) mehr am Wasser gefehlt und es gäbe New Orleans nicht mehr. Diese Aussage führt uns vor Augen, dass es bei der globalen Erwärmung nicht um Komfort oder Bequemlichkeit geht, sondern in vielen Fällen ums Überleben.

Es muss jedoch erwähnt werden, dass das Klima-Abkommen der US-Bürgermeister kein verpflichtender

Vertrag ist, und dass die Städte sich wieder zur Allgemeinheit schlagen könnten, ohne die Kyoto-Ziele weiter zu verfolgen. Aber dass man überhaupt eine Wahl treffen kann, ist schon bedeutend.

Die Vereinbarung übt ebenfalls Druck auf die Bush-Regierung aus, sich in Richtung des „Climate Stewardship Acts“ zu bewegen – eine Zweiparteien-Gesetzgebung, die den Handel mit Emissions-Zertifikaten zwischen Industrien ermöglicht.

Wenn man die Situation auf der Ebene der Staaten betrachtet, sind sieben Staaten gegen gesetzliche CO² Emissions-Beschränkungen, während 18 Staaten ein Gesetz erlassen haben, nach dem ein bestimmter Stromanteil aus erneuerbare Energie gewonnen werden muss.

Die New England Staaten sind übereingekommen, die Emissionen bis 2010 auf den Stand von 2000 zu begrenzen und bis 2020 diese um jeweils 10 Prozent zu reduzieren. Neun nord-östliche Staaten werden sich an einem Begrenzungs- und Emissionshandels-Programm beteiligen, um Treibhausgase zu reduzieren. Die Gouverneure der Weststaaten von Kalifornien, Oregon und Washington entwickeln ebenfalls ein Kooperations-Programm zur Reduktion von Emissionen und denken an ein ähnliches Begrenzungs- und Emissionshandels-Programm. Angesichts derartiger Bewegungen in seinem eigenen Land kann Bush diesen Druck sicherlich nicht ignorieren und muss irgendetwas gegen den Klimawandel unternehmen. Anlässlich der G8-Konferenz in Gleneagles hat Bush zum ersten Mal zugegeben, dass die von Menschenhand verursachte Verschmutzung zur globalen Erwärmung beiträgt. Aber anstelle das Kyoto Protokoll von amerikanischer Seite zu unterschreiben, hat er eine Alternativlösung angekündigt und spricht von einer Post-Kyoto Ära, ein Begriff, der Unheil verkündend von Premierminister Blair aufgegriffen wird.

Dieses neue Übereinkommen zwischen den Ländern USA, Japan, Australien, China, Indien und Süd-Korea baut auf bereits bestehenden bilateralen Verträgen über Technologieaustausch auf. Sie beinhalten keine Emissionsbegrenzungen, wie sie das

Kyotoprotokoll verlangt. Bush argumentiert, dass seine Lösung die globale Erwärmung berücksichtigt und gleichzeitig wirtschaftliche Entwicklungen fördert.

Das ist offensichtlich eine Hinhalte-taktik. Forschungen in Richtung sauberer Kohle, Kohlendioxydabtrennung und Wasserstofftechnik werden auch in Jahrzehnten noch keine Ergebnisse hervorbringen und sie lenken Zuschüsse weg von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz-Lösungen, die bereits heute vorhanden wären.

Wissenschaftliche und technische Kooperationen mit anderen Ländern sollten zusätzlich erfolgen und nicht die verpflichtenden Emissionsbegrenzungen der USA ersetzen.

Es wird sich zeigen, ob der innerhalb der USA ausgeübte Druck ausreicht, um den Präsidenten zu einer realen Reduktion von Kohlendioxyd zu bewegen. Unter der jetzigen US-Administration ist dies höchst unwahrscheinlich. Wie auch immer, die heutigen Favoriten der nächsten Präsidentschaftswahl 2008 sind Condoleezza Rice, eine herausragende Insiderin der Ölindustrie und Hillary Clinton, eine wahre Umwelthanwältin. Letztere bereist gerade, während ich diesen Artikel schreibe, Alaska, um sich aus erster Hand Klarheit über die dortigen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu verschaffen.

GLOBAL MARSHALL PLAN

Was ist der Global Marshall Plan?

Dieser hat als Ziel eine „Welt in Balance“. Dies erfordert eine bessere Gestaltung der Globalisierung und der weltökonomischen Prozesse: eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft.

Es geht um einen besseren weltweiten Ordnungsrahmen, eine nachhaltige Entwicklung, die Überwindung der Armut, den Schutz der Umwelt, Gerechtigkeit und in der Folge ein neues Weltwirtschaftswunder.“

Mehr darüber erfahren Sie in unserem nächsten Infobrief!

Steuern: WOHL UND WEHE

Gerechte Steuern sind eine, wahrscheinlich sogar die wichtigste Voraussetzung für Frieden und Wohlstand. Das Netzwerk Attac trägt die Forderung danach sogar im Namen: *"Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens"*, auf Deutsch *"Verein für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger"*.

Aber Steuerrecht ist schwierig, kompliziert, etwas für Spezialisten. Spezialisten, die denjenigen, die es bezahlen können, passende Schlupflöcher öffnen. Die Autoren der Broschüre „Tax us if you can - Wie sich Multis und Reiche der Besteuerung entziehen“ können diese Praktiken zwar nicht abstellen, aber sie zeigen sie auf. Der vorliegende Text ist einfach verständlich und doch genau. Er bietet eine Einführung in die Sprache der internationalen Steuertricks und erklärt, wer von missbräuchlichen Steuerpraktiken profitiert. Zusätzlich umreißt die Broschüre die zahlreichen taktischen Fehlschläge, die zur Schattenwirtschaft der Steueroasen beigetragen haben und macht eine Reihe praktischer Vorschläge zur Beseitigung dieser globalen Krise.

Bestellt werden kann telefonisch unter 069/900281-10 oder online über <http://www.attac.de> -> Service -> Webshop. Dort kann die Broschüre auch kostenlos heruntergeladen werden. dr

ÜBRIGENS...

1, 5 Mrd.

Menschen müssen mit weniger als 1 US-Dollar am Tag auskommen,

2,8 Mrd.

Menschen mit weniger als 2 US-Dollar und

24.000 Menschen, vor allem Kinder, Verhungern jeden Tag.

Wir alle müssen was tun.

Mehr darüber erfahren Sie in unserem nächsten Infobrief.

RADWANDERN

in herrlicher Umgebung
mit der Schumacher-Gesellschaft und Freunden

20. bis 26. August 2006

Mecklenburg-Vorpommern – Ueckermünder Heide/Oderhaff

Naturgenuss und Bildung:

Nur wer langsam reist, dem erschließt sich die Schönheit der Naturparks. Hartwig Walletschek radelt und wandert mit Ihnen durch die Ueckermünder Heide, durch traumhafte und weitläufige Wälder; Sie radeln entlang großartige Alleen, geheimnisvoller Moore und herrlichen Seen. Und so ganz nebenbei erfahren Sie, was Sie schon immer über die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung wissen wollten.

Quartierort: Eggesin

Preis: Hotel Waldidyll: Übernachtung/Frühstück ca. € 28.-- pro Tag

Seminargebühren: € 175.--,

Anmeldung: Schumacher-Gesellschaft/Frau Filhol: **Telefon:** 08106/5580 oder per **Email:** RFilhol@aol.com

Anreise: Gemeinsam fahren wir außerordentlich preiswert mit dem Wochenendticket der Bundesbahn

IMPRESSUM

Herausgeber

E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.
Situlistraße 75
80939 München

Telefon 089/32462951

oder in dringenden Fällen 089/9039333

Fax 089/90469005

Internet

info@e-f-schumacher-gesellschaft.de
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

Sie finden uns auch im Internet unter
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de

Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Diekmeyer,
Prof. Dr. Ernst Schrimppf

Redaktion

Dr. Doris Rüb, Isabella Barbagallo

Redaktionsadresse

Isabella Barbagallo
Lusenweg 34
85748 Garching
Telefon 089/32928803
Fax 089/32928805
Email: Barbagallo@t-online.de

Mitarbeit/Autoren

Isabella Barbagallo, Rosemarie Filhol, Uto Hopf, Ehrnfried Lauppe, Amanda Roll Pickering, Clemens Ronnefeldt, Dr. Doris Rüb (dr)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Vertrieb

Der Infobrief wird kostenlos an die Mitglieder der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie verteilt.

Bankverbindung

Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto-Nr. 811 00 808

**Eine Bitte an die Nichtmitglieder:
Helfen Sie uns, den Infobrief durch eine
Spende zu finanzieren.**

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Donnerstag, 13. Juli 2006, 19:30 Uhr,
München, Briener Str. 46

Die Welt vor einer neuen Energiekrise?

Solare Zukunft ohne Erdöl und Atomenergie

Referent: Dr. Herbert Kuhn, Ingenieur, Energieberater

Veranstalter: ödp München

U 1/7 und Tram 20/21 Stiglmaierplatz (3 Minuten zu Fuß),

U 2/8 Königsplatz (5 Minuten zu Fuß),

Eintritt ist frei

Freitag, 14. Juli 2006, von 17:00 – 21:00 Uhr

Schweisfurth-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Umwelt-Akademie, Südliches Schlossrondell 1, 80638 München.

Der Chiemgauer - Regionalentwicklung mit Regiogeld

Referent: Christian Gelleri

Eintritt: Mitglieder der UMWELT-AKADEMIE: frei

Nicht-Mitglieder: 20,00 €, ermäßigt: 10,00 €.

In der Pause bietet die UMWELT-AKADEMIE einen Imbiss an.

**Bitte teilen Sie uns Ihre
Email-Adresse mit
(an Barbagallo@t-online.de),
damit wir Sie kurzfristig
über Terminänderungen
oder über wichtige Neuheiten
informieren können.**